

BESCHLUSS

RESOLUTION SCHWARZ-GELB NEIN DANKE!Z

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN haben bei der Bundestagswahl 2009 ein herausragendes Ergebnis erreicht. In Baden-Württemberg haben wir mit 13,9 Prozent das beste Ergebnis, das je in einem Flächenland bei einer Bundestagswahl erzielt wurde. Aber das Wahlziel, eine schwarz-gelbe Koalition zu verhindern, haben wir nicht erreicht. Die FDP wurde von den Wählerinnen und Wählern vermutlich hauptsächlich wegen ihrer Versprechen Steuern zu senken gewählt. Diese versprochenen Steuersenkungen werden sie Netto nicht bekommen. Aber sie werden die Laufzeitverlängerungen für Atomkraftwerke bekommen, die Union und FDP den Energiekonzernen versprochen haben.

Aufkündigung des Atomkonsenses mit der Gesellschaft

Der Koalitionsvertrag der Regierungsparteien spricht sich für die Verlängerung der Laufzeiten für deutsche Atomkraftwerke ohne genauere Festlegung aus. Die näheren Regelungen sollen "in einer möglichst schnell zu erzielenden Vereinbarung mit den Betreibern" getroffen werden. Also: Atomkonsens zum Zweiten?

Der Atomkonsens vom 14. Juni 2000 wurde allerdings nicht nur zwischen den damaligen Regierungsparteien SPD und Grüne und den vier großen Energiekonzernen geschlossen, sondern stellvertretend auch mit der Gesellschaft, die den Ausstieg aus der Atomkraft in übergroßer Mehrheit wollte. Der Vertrag zwischen Politik und Wirtschaft regelte die Reststrommengen für die AKW, die Errichtung von Zwischenlagern, die Beendigung der Wiederaufarbeitung und das Moratorium für Gorleben. Der Entsorgungsvorsorgenachweis wurde an die Inhalte dieser Vereinbarung angepasst und das Atomgesetz entsprechend novelliert. Die damalige Übereinkunft hat wesentlich zur Befriedung eines über mehr als zwei Jahrzehnte währenden und teilweise mit gewalttätigen Auseinandersetzungen einhergehenden gesellschaftlichen Konflikts beigetragen.

Ohne dass es dafür stichhaltige Begründungen gibt hat die Energiewirtschaft die seinerzeitige Übereinkunft bereits seit geraumer Zeit gekündigt. Im Hinblick auf zusätzliche Milliardengewinne ist man in diesen Kreisen schnell dabei Verträge von heute auf morgen über Bord zu werfen.

Falsche Argumente heiligen den Zweck nicht

Bei einer Laufzeitverlängerung von 8 Jahren winken den vier großen Stromkonzernen bei Zugrundelegung des heutigen Strompreisniveaus Zusatzgewinne von rund 50 Mrd. €. Bei stärker steigenden Steinkohle- und CO₂-Zertifikatspreisen könnten sich die Gewinnmitnahmen auf über 75 Mrd. € hoch summieren.

Es geht nicht um Klimaschutz. Es geht auch nicht um die Schließung nicht vorhandener Stromlücken. Es geht nicht um „erträgliche Energiepreise“ (Zitat Koalitionsvertrag) und es geht nicht um „weniger Abhängigkeit vom Ausland“ (Zitat Koalitionsvertrag). All diese Argumente sind falsch und vorgeschoben.

- Nachhaltigen Klimaschutz erreichen wir nur durch den schnellen Umstieg auf Erneuerbare Energien und schnelle Entwicklung von Effizienztechnologien. Beides wird durch verlängerte Atomstrom-Produktion verzögert.
- Die Tatsache, dass wir in den letzten Jahren jeweils Stromexportüberschüsse von rund 20 Terawattstunden jährlich hatten – und dies obwohl mit Krümmel, Brunsbüttel oder Biblis A

und B jeweils immer mehrere AKW oft monatelang störfallbedingt ausfielen bzw. Neckarwestheim I massiv gedrosselt wurde – zeigt, dass das Gerede von der angeblich drohenden Stromlücke völlig ohne jegliche reale Substanz war und ist.

- Alle endlichen Energieressourcen – auch das Uran – werden mit weltweit steigendem Energiebedarf teurer, deshalb steigen auch die Preise für solcherart erzeugten Strom kontinuierlich an. Strom aus Erneuerbaren wird dagegen mit wachsender Anwendung der entsprechenden Technologien billiger. Diese beiden Entwicklungen sind bereits deutlich sichtbar. Die Preiskurve des bislang teuersten Stroms aus Photovoltaik wird die Kurve des Börsenstrompreises noch vor 2020 schneiden.
Und nicht zu vergessen: Erneuerbare Energien haben keine externalisierten Kosten. Die Kosten für Strom aus Erneuerbaren bilden sich ehrlich im Strompreis ab – ganz im Gegensatz zu Kohle und Atom.
- Weniger Abhängigkeit vom Ausland erreichen wir sicher nicht mit dem Energieträger Uran. Aus gutem Grund wird Uran in Deutschland nicht mehr abgebaut. Zu massiv sind die Auswirkungen auf Umwelt und menschliche Gesundheit. Uran wird dort abgebaut, wo die Menschen keine Rechte haben. Deutsche Atomkraftwerke sind vollkommen abhängig von importiertem Uran.

„Eine verantwortungsvolle Nutzung der Kernenergie bedingt auch die sichere Endlagerung radioaktiver Abfälle.“ (Zitat Koalitionsvertrag)

Wer die Nutzung der Atomkraft verantwortungsvoll nennt, der landet logischerweise dann bei Gorleben für die „sichere Endlagerung“. Das Moratorium soll nach dem Willen der neuen Regierung unverzüglich aufgehoben und die „Erkundung“ „ergebnisoffen“ fortgesetzt werden. Die Arbeiten in Gorleben waren in der Zeit vor rot-grün und dem unter dieser Regierung verhängten Moratorium längst von der Erkundung zum Ausbau übergegangen. Wir haben es in Gorleben mit einem ungenehmigten Schwarzbau zu tun, der nun fortgeführt werden soll. Trotz aller begründeten Zweifel an der Eignung des Salzstocks als Endlager. Trotz der katastrophalen Erfahrungen mit dem Salzstock Asse, in dem die Endlagerung für Gorleben erprobt werden sollte. Trotz der inzwischen bekannt gewordenen Manipulation des entscheidenden Gutachtens zu Gorleben 1983. Und trotz des nicht zur Ruhe kommenden Widerstandes der dortigen Bevölkerung, der durch das intransparente nichtöffentliche Auswahlverfahren des Standortes provoziert wurde.

Statt dieser grundfalschen Entscheidung brauchen wir ein transparentes, tatsächlich ergebnisoffenes Standort-Suchverfahren in Deutschland, das auch verschiedene Wirtsgesteine vergleicht. Andere Länder machen uns das inzwischen vor. Potentielle Standorte in niedersächsischem Salz oder Ton werden in einem solchen Verfahren dann zum Beispiel verglichen mit dem Opalinuston in Baden-Württemberg. Der noch amtierende Ministerpräsident Oettinger rief als erster lauthals nach unbegrenzten Laufzeiten für Atomkraftwerke und damit nach unbegrenztem Atommüll. Von einer ergebnisoffenen Standortsuche wollte er nichts wissen. Von Oettingers Nachfolger ist da leider nichts Besseres zu erwarten. Die baden-württembergische CDU handelt hier unverantwortlich. Wer sich um den Atommüll nicht kümmern will, der darf ihn erst gar nicht produzieren!

An den immensen Kosten für die Schließung der maroden Endlager Asse und Morsleben will die schwarz-gelbe Koalition die Energieversorger beteiligen. Das ist eine erstaunliche Wandlung, nachdem sich beide Fraktionen bei der Atomgesetznovelle im Herbst 2008 noch vehement gegen den entsprechenden Antrag der Grünen ausgesprochen hatten. Die neue Haltung gehört wohl eher zur Akzeptanzbeschaffungs-Strategie für die Laufzeitverlängerungen. Das richtige Instrument für die Beteiligung der Energieversorger ist die Brennelementesteuer, die wir erneut fordern werden.

Schon mal an die Zwischenlager gedacht?

Die schwarz-gelbe Koalition hat in ihrer Euphorie, den großen Energiekonzernen endlich zu Willen sein zu können, eine entstehende Baustelle beim Aufkündigen des Atomkonsens bisher ignoriert: die Genehmigungen der Zwischenlager. Die Zwischenlager sind für die im Konsens festgelegten Mengen ausgelegt und genehmigt. Es gibt zwar eine gewisse „Puffer“-Kapazität, aber schon bei acht Jahren Laufzeitverlängerung ist sie überschritten. Und manche Zwischenlager haben überhaupt keine Puffer. Neckarwestheim hat für nicht ein Jahr Laufzeitverlängerung Zwischenlager-Kapazität. Wer aber Laufzeitverlängerungen zugesteht, ohne zu sagen an welchen Orten bis wann welche zusätzlichen Zwischenlagerkapazitäten errichtet oder genutzt werden sollen, handelt leichtfertig.

Sichere baden-württembergische Atomkraftwerke?

Atomkraftwerke sollen laufen, solange sie sicher sind. Das Ende ihrer Betriebszeit soll von Technikern festgelegt werden, nicht von Politikern. Das ist die Ansicht des Noch-Ministerpräsidenten von Baden-Württemberg. Die Kraftwerksbetreiber führen die Strategie, die zur Abschaltung anstehenden Atommeiler mithilfe längerer Ruhephasen über den Wahltermin September 2009 hinaus am Netz lassen zu können. Das ist ihnen gelungen und ihre Hoffnung auf eine Atomfreundliche Regierung hat sich erfüllt. Das macht ihre Atomkraftwerke aber nicht sicherer. Die bis heute über 5000 Zwischenfälle sprechen eine deutliche Sprache. Die Versprödung des Reaktorkerns nimmt mit dem Alter zu. Der Nachweis einer sicheren Störfallbeherrschung fehlt bei acht Reaktoren. Der Aufforderung, ein schlüssiges Konzept gegen Terrorangriffe aus der Luft vorzulegen, sind die Betreiber bis heute nicht nachgekommen. Die Liste der meldepflichtigen Schnellabschaltungen führen Neckarwestheim¹ und Philippsburg¹ mit doppelt so vielen Ereignissen wie die anderen Reaktoren an. Neckarwestheim¹ hätte nach dem Atomkonsens 2008, Philippsburg 2011 abgeschaltet werden müssen.

Falsche Entscheidungen brauchen Widerstand!

Die Aufkündigung des Atomkonsenses ist das Geschenk von Schwarz-Gelb an die Energiekonzerne. Bezahlen werden es die mittelständische Branche der Erneuerbaren Energien mit dem Abbrechen ihres Booms, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit dem Verzicht auf zigtausende nun nicht entstehende Arbeitsplätze, die StromkundInnen mit langfristig weiter steigenden Energiepreisen, die Gesellschaft mit der Verlängerung des Risikos und der Vermehrung des Atommülls.

Bezahlen werden diese falsche Entscheidung mit all ihren fatalen Folgen auch der Klimaschutz und die vom Klimawandel am stärksten betroffenen Länder. Aufgrund der Regelungen beim Emissionshandel wird eine Laufzeitverlängerung nicht dazu führen, dass auch nur eine Tonne weniger CO₂ in die Atmosphäre gelangt. Vielmehr steht zu erwarten, dass die EVU ihnen bislang kostenlos zugeteilte und nicht genutzte Emissionszertifikate gewinnbringend auf den europäischen Markt werfen.

Deshalb werden wir der Absicht der schwarz-gelben Regierung den Atomkonsens zu brechen jeden möglichen Widerstand entgegensetzen: in den Parlamenten, durch Öffentlichkeitsarbeit, auf der Straße!

Dazu verpflichten wir uns heute - und im Gegensatz zu manch anderen Verbänden halten wir uns an unsere Selbstverpflichtungen!